

**Stadt Braunschweig**  
 Referat Steuerungsdienst

Eing. 13. DEZ. 2011  
 Gesch.-Z. ..... 930/11  
 Anlagen .....



**Fraktion der  
 Sozialdemokratischen  
 Partei Deutschlands im  
 Rat der Stadt  
 Braunschweig**

**Antrag**

Öffentlich

Datum

13. Dez. 2011

Nummer

2031/11

Absender

SPD - Fraktion  
 Platz der Deutschen Einheit 1  
 38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
 Platz der Deutschen Einheit 1  
 38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

13.12.2011

**Dringlichkeitsantrag**

Betreff

Resolution zum VW-Gesetz

Die SPD-Ratsfraktion bittet Folgendes zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig verurteilt die erneuten Angriffe der EU-Kommission auf das VW-Gesetz.

Das VW-Gesetz hat sich bewährt und bei der Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle gespielt. Während die Finanzmarktkrise Europa im Griff hat und wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte immer noch nicht umgesetzt worden sind, stellt die EU-Kommission zum wiederholten Male die Kapitalverkehrsfreiheit über die Arbeitnehmerinteressen. Dieses Verhalten der EU-Kommission ist sowohl wirtschaftspolitisch als auch europapolitisch schädlich.

Der Rat der Stadt Braunschweig steht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Volkswagenkonzerns. Ihnen gehört unsere Solidarität. Wir werden die Aktivitäten der IG-Metall, des Betriebsrates und der Belegschaft mit allen Kräften unterstützen. Wir fordern die Bundesregierung auf, auf die Kommission einzuwirken, dass dieser erneute Angriff auf das VW-Gesetz schnell zurückgenommen wird.“

Die Begründung der Dringlichkeit und in der Sache erfolgt mündlich.

i.V.

Gez.

Manfred Pesditschek  
 Fraktionsvorsitzender

*Stefan Wilke*  
 Stefan Wilke